

EU-Parlament legt künftige Grenzwerte für CO₂-Emissionen von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen fest

„Mir bleibt nur die Hoffnung, dass der Rat nicht zustimmt“

Wieder einmal musste ich miterleben, wie Traumtänzer und Ideologen die europäische Wirtschaft an die Wand fahren. Entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission will die Mehrheit in unserem Haus die CO₂-Grenzwerte von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen um 40 (statt 30) Prozent bis 2030 senken.

Gut gemeint ist eben oft nicht gut gemacht. Je teurer wir Neufahrzeuge machen, desto länger bleiben die alten Schadstoffschleudern im Einsatz. Diese Spirale wurde jetzt mit den Stimmen der Grünen, Sozialisten und Linken eingeleitet. CO₂-Emissionen zu reduzieren, ist ein gutes und wichtiges Ziel. Richtig, aber nur, wenn nicht nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ gehandelt wird. An viel zu vielen Stellen gingen wir im Parlament mit dem Abstimmungsergebnis zu weit. So treibt man auch noch die Automobilbranche außer Landes!

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ein flottenbezogenes Reduktionsziel von 30 Prozent für 2030, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, ehrgeizig genug ist. Mit seiner Realisierung hätten wir den Zielen des Pariser Klimaabkommens völlig entsprochen. Bereits die heutigen Grenzwerte wurden von den Herstellern nur mit Tricks eingehalten. Nun zwingen wir sie, innerhalb kürzester Zeit mit neuen, teuren, unerforschten Lösungen aufzuwarten. Zwingen wir sie dadurch womöglich, sich neue Tricks einfallen zu lassen? Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung oder gar eine wirklich unabhängige Folgenabschätzung ist nicht gemacht worden. Ideologie siegte über Verstand. Und auch ein Zwischenziel bis 2025 benötigen wir überhaupt nicht. Besser wäre es gewesen, stattdessen einen Fortschrittsbericht zu fordern.

Wenn auch den emissionsfreien und emissionsarmen

Fahrzeugen die Zukunft gehört, so sollten wir den kompletten Fußabdruck der Fahrzeuge, von ihrer Herstellung über ihre Nutzung bis hin zu ihrer Entsorgung, beachten. Scheinbar interessiert sich niemand dafür, woher Rohstoffe, Energie und Infrastruktur kommen, und auch nicht dafür, was zum Beispiel mit dem Sondermüll Batterien geschieht.

Außerdem sollten wir, die Politik, die Technologieneutralität wahren. Zumindest Hybride und alternative Treibstoffe wie synthetische Kraftstoffe, e-Fuels, müssten angemessen zur Null- und Niedrigemissionskategorie angerechnet werden können. Nicht zu vernachlässigen sind zudem andere Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung, beispielsweise bei der Städte- und Verkehrsplanung. Sie sind sehr wirkungsvoll und belasten den Verbraucher nicht.

Dass nun schon 35 Prozent der Neufahrzeuge 2030 zur so genannten Null- bis Niedrigemissionskategorie zählen sollen, bedeutet nichts anderes als eine Zwangsquote für Elektrofahrzeuge. Jetzt kommt es darauf an, dass wir in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten eine realistische Lösung finden, die Klimaschutz und Arbeitsplätze in Einklang bringt.

Ich bin vom realitätsfernen Abstimmungsergebnis so sehr enttäuscht, dass ich den Gesamtbericht im Plenum abgelehnt habe. Nun bleibt mir nur die Hoffnung, dass die 28 Verkehrsminister, die sich jetzt am Mittwoch treffen, dieser Traumtänzerie nicht zustimmen, sondern Kompromisse gefunden werden, die realistische Reduktionsziele und machbare EU-Standards festlegen, die auch dem Klimaschutz tatsächlich dienen.



Diesen Beitrag können Sie sich auch als Videobotschaft anschauen: https://youtu.be/_ft4DMgGwrQ

Aus dem Europäischen Parlament

EU-Parlament kappt Vorbeitrittshilfen für die Türkei

„Noch konsequenter wäre es, den Beitrittsprozess ganz zu beenden“

Die Vorbeitrittshilfen für die Türkei sollen nach Meinung von uns Abgeordneten um 70 Millionen Euro gekürzt werden, da eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit in dem Land weiter auf sich warten lässt.

Erinnern Sie sich noch? Im November vergangenen Jahres beschloss Parlament und Rat, 70 Millionen Euro sogenannte Vorbeitrittshilfen für die Türkei in die Reserve des EU-Haushalts einzustellen. Wir haben die Auszahlung dieser Summe an die Bedingung geknüpft, dass Ankara „messbare und ausreichende Verbesserungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit erzielt“. Die Vorbeitrittshilfen (rund 640 Millionen Euro für die Türkei pro Jahr) sind eine finanzielle Unterstützung der EU, um Reformen und Infrastruktur der Beitrittskandidaten zu fördern.

Nun, Tatsache ist, dass die EU-Kommission laut ihrem Jahresbericht über die Türkei keine Belege für Verbesserungen gefunden hat. Ganz im Gegenteil: Seit dem gescheiterten Putsch 2016 gibt es massive Rückschritte bei

den Grundrechten, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit. Tausende Journalisten, Beamte und Oppositionelle wurden entlassen oder sogar inhaftiert. Mit den Neuwahlen im vergangenen Juni hat Erdogan seine Präsidialdiktatur zudem endgültig zementiert, was eine EU-Mitgliedschaft der Türkei unmöglich macht. Die bereits durchgeführten Kappungen und auch die jetzt durch das Europaparlament beschlossene ersatzlose Streichung von 70 Millionen Euro sind da nur konsequent.

Noch konsequenter wäre es, den Beitrittsprozess der Türkei ganz zu beenden und dem Land stattdessen eine enge Partnerschaft anzubieten. Dafür findet sich in unserem Haus allerdings (noch) keine Mehrheit, leider. Aber zumindest haben alle kapiert: Erdogan, der ganz allein für die immensen wirtschaftlichen Probleme seines Landes verantwortlich ist, darf man nicht aus der Patsche helfen! Jeder Cent aus dem EU-Haushalt, der jetzt an die Türkei flösse, würde dort ausschließlich für die Bewältigung der Wirtschaftskrise eingesetzt. Das wiederum würde Erdogan stärken und seine europäisch gesinnte Opposition schwächen.

EU-Parlament verabschiedet neue Regeln für Angebote im Internet

Video-Streaming-Plattformen künftig mehr in der Verantwortung

Mehr Jugendschutz, mehr europäische Werke und weniger versteckte Werbung: Was für traditionelle Medien wie Radio und Fernsehen gilt, gilt künftig auch für Mediendienste im Internet.

Dafür haben wir vergangene Woche eine neue EU-Richtlinie verabschiedet. Video-Streaming-Plattformen wie YouTube und Video-on-Demand-Anbieter wie Netflix werden künftig stärker in die Verantwortung genommen. Dies gilt vor allem beim Kinder- und Jugendschutz: Facebook, Youtube und Co. werden verpflichtet, gewaltverherrlichende, pornographische oder andere schädliche Videos nach Meldung zu löschen. Zudem müssen, wie bereits im Fernsehen, gefährliche Inhalte auch im Internet systematisch gekennzeichnet werden. Vorgesehen sind darüber hinaus Alterskontrollen sowie Möglichkeiten für Eltern,

selbst zu steuern, was ihre Kinder sehen dürfen.

Auch die klassischen Vorschriften zu Werbeclips, Sponsoring und Produktplatzierung gelten bald für Online-Medien. Im Klartext heißt das: Bei den Werbezeiten zwischen 18 und 24 Uhr dürfen 72 Minuten frei verteilt werden, soweit es bei einer Unterbrechung von maximal alle 30 Minuten bleibt. Unsere neue Richtlinie fördert zudem europäische Werke, indem sie einen Anteil von 30 Prozent an europäischen Werken bei Video-on-Demand-Diensten vorschreibt. Für das klassische Fernsehen gilt bisher eine Quote von 50 Prozent. Daran ändert sich auch in Zukunft nichts.

Der Ministerrat wird die Richtlinie noch diese Woche verabschieden. Damit kann sie Ende des Jahres in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben dann 21 Monate Zeit, um sie in nationales Recht umzusetzen.

Aus dem Europäischen Parlament

Jahresbericht 2017 des Europäischen Rechnungshofs

„Trotzdem dürfen wir die Schwachstellen nicht ignorieren“

Der Europäische Rechnungshof hat bei der Verteilung von EU-Fördergeldern im vergangenen Jahr weniger illegale Zahlungen als bisher registriert.

Bei der Verwendung von EU-Geldern kommt es immer wieder zu Ungereimtheiten. Aber es gibt gute Nachrichten: Die Fehlerquote sinkt. Die Arbeit des EU-Parlaments und die der Europäischen Kommission zahlt sich also aus. Mit 2,4 Prozent vom Gesamthaushalt ist der Anteil der falsch ausgegebenen Fördergelder 2017 deutlich geringer als noch in den Jahren 2016 (3,1 Prozent) und 2015 (3,8 Prozent). Trotzdem dürfen wir die Schwachstellen in der Rechnungslegung nicht ignorieren: Die Zahlungen in Finanzinstrumente haben sich vervierfacht, aber weniger als zehn Prozent der Gelder erreichen die Endbegünstigten. Banken hübschen mit diesem Geld ihre Bilanzen auf,

anstatt sie für Investitionen an Endbegünstigte weiterzugeben. Meine Kollegen vom Haushaltskontrollausschuss werden in den nächsten fünf Monaten alle vom Rechnungshof angegebenen Schwachstellen aufarbeiten.

Das EU-Budget wird hauptsächlich von der EU-Kommission verwaltet. Bei rund zwei Dritteln der Ausgaben sind die einzelnen EU-Staaten jedoch mitverantwortlich. Nach Angaben der Rechnungsprüfer waren bei den Zahlungen 2017 genügend Informationen verfügbar, um sogar noch mehr Fehler zu vermeiden. Die EU-Mitgliedsländer hätten es aber teilweise versäumt, genauer hinzuschauen. Absichtlichen Betrug vermuten die Prüfer allerdings nur selten. Fälle, bei denen es zumindest einen Anfangsverdacht gibt, leitet der Rechnungshof an die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde Olaf weiter. 2017 waren das 13 von rund 700 geprüften Transaktionen.

EU-Parlament verschärft Ton gegen rumänische Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă

„Was für Polen und Ungarn gilt, muss auch für Rumänien gelten“

Wir EU-Parlamentarier haben die rumänische Ministerpräsidentin vergangene Woche bei einer Debatte davor gewarnt, gegen die gemeinsamen demokratischen Grundwerte zu verstoßen. Hintergrund sind die zunehmenden Bestrebungen der regierenden Post-Sozialisten, den Rechtsstaat auszuhöhlen und die Justiz im Land zu schwächen.

Von den Massenprotesten, die bereits im April 2017 hunderttausende rumänische Bürger auf die Straße getrieben hatten, zeigen sie sich völlig unbeeindruckt. Es ist

noch nicht allzu lange her, dass die EU wegen ähnlicher Vorwürfe ein Rechtsstaatsverfahren zunächst gegen Polen, später auch gegen Ungarn eingeleitet hat. Was für diese beiden Staaten gilt, muss selbstverständlich auch für Rumänien gelten! In Rumänien ist zudem nicht nur das Justizsystem gefährdet, das Land hat außerdem noch ein Riesen-Korruptionsproblem. Es ist inakzeptabel, dass die rumänische Regierung versucht, die Anti-Korruptionsgesetze abzuschwächen und Korruption auf diese Weise zu entkriminalisieren!

EU-Parlament beschließt bessere Zusammenarbeit bei Kriminalitätsbekämpfung: Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Online-Kriminalität – neue grenzüberschreitende Bedrohungen in Europa erfordern eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden. Vergangene Woche haben wir Abgeordneten daher die Stärkung der EU-Agentur Eurojust beschlossen. Deren Aufgabe ist es, bei schwerer grenzüberschreitender Kriminalität die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden zu koordinieren. Es gibt sie seit 2002. Die Agentur wird künftig grenzüberschreitende Strafverfahren auf europäischer Ebene noch wirksamer und effizienter koordinieren, unter anderem durch einen verbesserten Austausch und Abgleich von Ermittlungsdaten. Diese Daten dürfen für Ermittlungszwecke künftig gespeichert und analysiert werden.

Besuch am Melissantes-Gymnasium Arnstadt

„Polen hat bereits zahlreiche Ukrainer aufgenommen“

Gemeinsam mit der Europäischen Akademie Arnstadt e.V. veranstaltete die Fachschaft Sozialkunde des Melissantes-Gymnasiums ein Europa-Symposium mit den Schwerpunkten Flüchtlingsproblematik, erneuerbare Energien und digitale Vernetzung. Gern habe ich mich bei dieser Veranstaltung den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt, um ihnen einen Einblick in den EU-Parlamentsalltag zu gewähren und ihre kritischen Fragen aus einer differenzierten, gesamteuropäischen Sicht zu beantworten.

So konnte ich zum Beispiel den Standpunkt Polens zur Aufnahme von Flüchtlingen relativieren. Was viele Menschen nämlich vergessen, ist, dass unsere Nachbarn im Zuge der russischen Annexion bereits zahlreiche Ukrainer aufgenommen haben. Und wer kann es den Polen verdenken, dass sie ihre Kapazitäten lieber den Ukrainern offenhalten wollen, die ihnen historisch und kulturell viel näher sind als Syrer oder Nordafrikaner? Die Gefahr, dass

dieses Pulverfass im Osten noch einmal richtig explodiert, ist nämlich noch lange nicht gebannt! Nichtsdestotrotz muss natürlich die Aufteilung der eintreffenden Flüchtlinge besser gelingen. Es geht schließlich nicht an, dass die anderen Staaten Griechenland und Italien mit der riesigen Menge an Asylsuchenden alleine lassen!



RAG Weimarer Land-Mittelthüringen e.V.: Projektaufruf für LEADER-Vorhaben 2019

Innovative Ideen für das Weimarer Land gesucht

LEADER-Förderanträge können ab sofort bei der Regionalen LEADER-Aktionsgruppe Weimarer Land-Mittelthüringen e.V. für im Weimarer Land geplante innovative Projekte eingereicht werden. Folgende Zielstellungen sind dabei von besonderer Bedeutung: Förderung der regionalen Identität, Steigerung der regionalen Wertschöpfung und Lebensqualität, Verbesserung der touristischen Infrastruktur und der Vermarktung der ländlichen Tourismusleistungen sowie die Unterstützung kleiner Unternehmen in Bezug auf Diversifizierung, Gründung und Entwicklung sowie Schaffung von Arbeitsplätzen. Wün-

schenswert wäre es, wenn die Vorhaben Kooperationen anstoßen und integrierte Ansätze beinhalten.

Informationen zu Fördermöglichkeiten und die erforderlichen aktuellen Formulare stehen auf der Internetseite der RAG Weimarer Land-Mittelthüringen bereit (<http://www.leader-rag-wei.de>). Die Frist zur Einreichung der Projektanträge für das kommende Jahr ist der 31. Oktober. Im Vorfeld wird eine Abstimmung mit dem Regionalmanagement empfohlen. Die Votierung der Projektanträge erfolgt im Rahmen einer Fachbeiratssitzung im ersten Quartal 2019.

Thüringer Jugendpreis Nachhaltigkeit – Frische Ideen gegen Ressourcenverschwendung gesucht:

Der Thüringer Nachhaltigkeitsbeirat ruft Jugendliche zwischen 13 und 25 Jahren auf, Projekte für den ersten Thüringer Jugendpreis Nachhaltigkeit einzureichen. Es winken Preisgelder in Höhe von insgesamt 5.000 Euro. In diesem Jahr steht der Preis unter dem Motto „Aus Alt mach Neu“. Gesucht werden innovative Ideen, die alten Sachen neues Leben einhauchen und damit einen aktiven Beitrag zum Ressourcenschutz leisten. Bis zum 15. Oktober können sich sowohl einzelne Jugendliche als auch Gruppen bewerben. Erfahren Sie mehr unter: www.MachDeineZukunft.de

Service und Termine

★ Fachforum „Politik – Au ja, das machen wir!“

Vom 8. bis zum 10. November findet in Berlin das Theaterpädagogische Fachforum „Sichten XIX“ zum Thema „Politik – Au ja, das machen wir!“ statt. Das Forum wird vielfältige Methoden künstlerischer, demokratischer und partizipativer Prozesse vermitteln. Anhand von theaterpraktischen Workshops, Best-Practice-Einblicken und einem Barcamps soll deren Anwendbarkeit in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen überprüft werden. Erfahren Sie mehr unter: <https://fachforum-sichten.de/>

★ Horizont 2020 fördert internationale Fachkräfte

Mit der „European SME Innovation Associate“-Pilotmaßnahme unterstützt die EU-Kommission kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beim Zugang zu internationalen akademischen Fachkräften. Die Maßnahme richtet sich vorrangig an KMU mit hohem Forschungs- und Innovationspotenzial, die Schwierigkeiten haben, geeignetes oder bezahlbares Personal auf dem nationalen Arbeitsmarkt zu finden. Gefördert wird der Aufenthalt von internationalen, erfahrenen Forschenden (Post-Docs), die für die Beschäftigung in einem Forschungs- oder Innovationsprojekt eingestellt werden. Das Forschungs- bzw. Innovationsthema wird vom Unternehmen vorgegeben. Der nächste Aufruf öffnet am 16. Oktober und ist mit einem Gesamtbudget von vier Millionen Euro ausgestattet. Mehr zum Programm unter: <https://bit.ly/1Wmlvo5>

★ Freiwilligendienst „weltwärts“

Die Landesvereinigung Kinder- und Jugendbildung (LKJ) Sachsen-Anhalt e.V. bietet neben den Freiwilligendiensten im Inland auch die Möglichkeit, für ein Jahr ins Ausland zu gehen. Im Freiwilligendienstformat „weltwärts“ gibt es 25 freie Plätze mit einer Ausreise im August 2019. Jugendliche zwischen 18 und 28 Jahren, die Lust auf neue Horizonte und Begegnungen haben, können einen Freiwilligendienst in Ghana, Togo, Laos, Bolivien oder

Kolumbien absolvieren. Während des Dienstes sind sie in Schulen, Jugend- und Kulturzentren tätig und bieten eine kreative Freizeitgestaltung für Kinder an. In Accra/Ghana können sie beispielsweise beim Aufbau eines Online-Radios dabei sein, in Togo im Kinderhaus „Frieda“ Theater, Sport und kreatives Werken anbieten, in Kolumbien Schüler bei den Hausaufgaben unterstützen. Die Freiwilligen erhalten ein Taschengeld sowie eine kostenfreie Unterkunft. Die LKJ kommt für die Reisekosten und die Auslandsrankenversicherung auf und steht während des gesamten Dienstes mit persönlicher Beratung und Begleitung zur Seite. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2hi4dgp>

★ Geschichten zu Erasmus+ Berufsbildung

Ob Bierbrauen in Schweden, inklusiven Unterricht in Finnland oder die spanische Hotelbranche kennenlernen – das Programm Erasmus+ bietet viele Möglichkeiten, sich in der beruflichen Bildung international weiterzuentwickeln. Die Nationale Agentur „Bildung für Europa“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung hat interessante Geschichten für Sie aufbereitet, die als Inspiration für Lernaufenthalte im Ausland dienen können: <https://bit.ly/2OGZBno>

★ Kindern den Holocaust vermitteln

Die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt lädt am 24. Oktober zu der Veranstaltung „Kindern den Holocaust vermitteln – aber wie? Fachtage mit Zeitzeugen-Gespräch“ ein. Dort wird es um die Frage gehen, wie man Kinder an die Geschichte des Nationalsozialismus heranzuführen und damit Erkenntnisgewinn sowie Empathie erzielen kann, ohne Traumata und Blockaden auszulösen. Hierzu werden unter anderem zwei Bücher der Zeitzeugin Batsheva Dagan sowie zugehöriges pädagogisches Begleitmaterial vorgestellt. Anmeldeschluss für die kostenlose Veranstaltung ist der 19. Oktober. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2Qzqnf5>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU